

„Mit einem Fuß im Grab“

Michael Grunberg, Sprecher für das Londoner Unternehmen Sandline International, über den Boom bei militärischen Jobs für Zivilisten und die Risiken

SPIEGEL: Herr Grunberg, Aufträge an private Militär-Firmen (PMF) werden nicht öffentlich ausgeschrieben. Wie verläuft eine typische Kontaktaufnahme?

Grunberg: Es gibt zwei Sorten von Klienten: einmal Regierungen, die sozusagen als Generalunternehmer PMF als Subunternehmer engagieren. Washington beschäftigt auf diese Weise eine ganze Reihe amerikanischer Firmen. Und dann gibt es Regierungen überall in der Welt, die Aufträge direkt vergeben. Daran sind wir in erster Linie interessiert. Die haben in der Regel von uns gehört, unsere Website besucht oder schon früher mal mit uns zusammengearbeitet und treten dann direkt an uns heran. Auf diesem Weg hat uns kürzlich ein nahöstlicher Staat mit der Prüfung der Sicherheit seiner gesamten Schifffahrtslinien beauftragt.

SPIEGEL: Wo liegt der Unterschied zum privaten Militäreinsatz à la Washington?

Grunberg: Oh, der ist riesig. Vor allem arbeiten US-Firmen mit voller Unterstützung ihrer Regierung. Das finden Sie sonst allenfalls ansatzweise noch in Frankreich oder Israel, aber sonst nirgendwo auf der Welt ...

SPIEGEL: ... weswegen Sandline jetzt erst mal alle Operationen stillgelegt hat?

Grunberg: Richtig. Wir können nicht mithalten, denn 90 bis 95 Prozent der Einkünfte der US-Unternehmen werden aus dem US-Haushalt bestritten. Dieser enge Regierungskontakt verschafft ungeheure Vorteile: Nigeria, immerhin Mitglied im Commonwealth, vergab einen Auftrag zur Stabsausbildung nicht etwa an ein britisches Unternehmen, sondern an die amerikanische MPRI, weil Washington die Hälfte der Kosten übernahm. Gibt es Schwierigkeiten in Abuja, fliegen keine MPRI-Manager, sondern US-Politiker ein und schlagen mit der Faust auf den Tisch. Präsident Clinton hat sogar im Weißen Haus seinem angolischen Amtskollegen dos Santos ganz klar gesagt: „Ich möchte, dass statt Executive Outcomes künftig das amerikanische Unternehmen MPRI die Ausbildung Ihres Militärs über-



Söldnerberater Grunberg: „Der Markt ist leer gefegt“

nimmt.“ Für die USA ist das ein strategischer Zug: Nigeria und Angola gehören zu Afrikas wichtigsten Erdölexporteuren.

SPIEGEL: Und wie steht es mit Umstürzern, Exilgruppen, Befreiungsbewegungen. Helfen Sie denen, wenn das Geld stimmt?

Grunberg: Dieses Risiko würden wir nie eingehen. Wenn so etwas bekannt würde, wäre das unser letzter Auftrag. Solche In-

teressenten finden im Übrigen in Osteuropa oder Südafrika genügend Abenteurer, die für Geld alles tun. Unsere Männer wären dazu gar nicht bereit.

SPIEGEL: Wie rekrutieren Sie Ihre Truppe?

Grunberg: Wir unterhalten natürlich keine stehende Armee. Für uns arbeitet ein kleiner Stab kompetenter Experten. Für die meisten Jobs benötigen wir nur kleine Trupps, die wir fast immer aus früherer Zusammenarbeit kennen. Wenn wir doch mal jemanden aus dem großen Pool von uns noch nicht persönlich bekannten Interessenten nehmen – allein über das Internet erhielten wir

bislang über 11000 Bewerbungen –, unterziehen wir den einer rigorosen Prüfung, um sicherzugehen, dass er auch wirklich zu uns und unserem Job passt.

SPIEGEL: In der Regel hängen Sie sich nur ans Telefon und rufen Ihre Teams zusammen?

Grunberg: Genau. Allerdings funktioniert das nicht mehr seit dem Irak-Krieg.

SPIEGEL: Wieso?



Ausbildung zairischer Soldaten durch Söldner (1997): „Drecksarbeit mit der Waffe“

Grunberg: Der Markt ist leer gefegt. Die im Irak gezahlten Gehälter sprengen alles bisher Bekannte. Spitzenleute können 1200 Dollar pro Tag verlangen. Kleine Firmen, drei Leute irgendwo in einem Schuppen oder in einem Washingtoner Büro, die für einen Job 250 trainierte Ex-Kommandosoldaten und 4000 lokale Hilfskräfte benötigen, haben keine Chance. Es gibt weltweit für derartige Einsätze nur ein sehr begrenztes Reservoir von gut ausgebildeten ehemaligen Kommandos. Leute, die früher bei uns 400 bis 500 Dollar pro Tag kassierten, sagen uns heute: „Tut mir Leid, Kamerad, im Irak kriege ich 1000.“

SPIEGEL: In welche der drei Hauptgruppen, in die sich private Militär-Firmen unterteilen lassen, würden Sie Sandline eingruppiieren: militärische Planung und Beratung, Versorgung und Nachschub oder aktive Einsatztruppe?

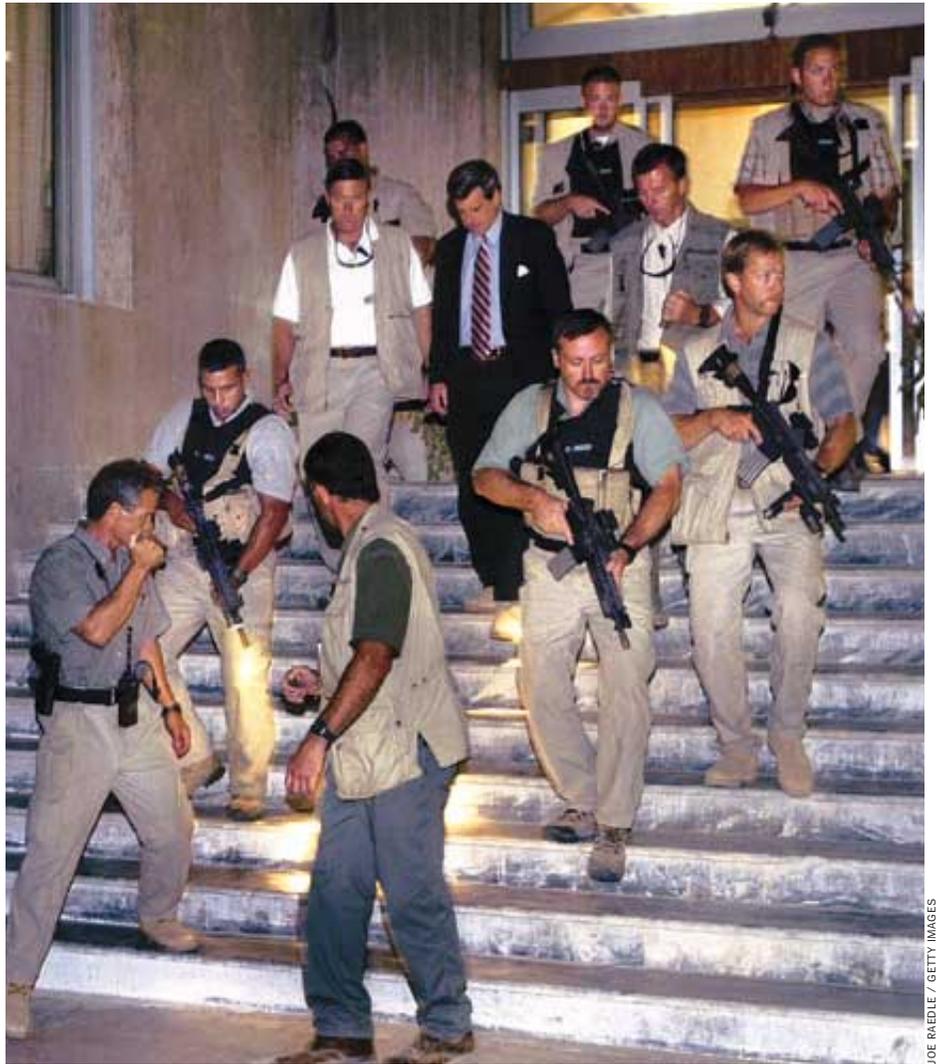
Grunberg: Sandline ist das einzige eingetragene Unternehmen, das sich öffentlich zu echten Kampfeinsätzen bekennt. Unser Interesse war stets der operative Einsatz. All die anderen Aufgaben, die das Militär jetzt an Private abtritt – Lagerverwaltung, Küchendienste, Nachschub, Reparaturen –, haben mit dem Militärischen kaum etwas zu tun. Militärische Dienstleistungen im engeren Sinne, echte PMF so wie wir, erleben zwar durch den Irak-Krieg einen ungeheuren Schub. Aber es ist Unsinn, uns, die wir die Drecksarbeit wirklich mit der Waffe in der Hand erledigen, mit all den Bohnen- und Brokkoli-Lieferanten gleichzusetzen.

SPIEGEL: Können Sie uns besonders riskante Aufträge nennen, die Sandline übernommen hat?

Grunberg: Nein, aber es sind immer die, bei denen unser Leben auf dem Spiel steht. Im Irak kann sogar jeder Bewachungsjob zum potenziellen Himmelfahrtskommando werden. Ob Sie eine Pipeline kontrollieren, einen Politiker schützen, eine Fabrik bewachen – Sie stehen mit einem Fuß im Grab. Und leider hat es ja auch schon einige PMF-Angestellte dort erwischt.

SPIEGEL: Hat Sandline schon einmal ein echtes Debakel erlebt?

Grunberg: Natürlich. Als wir uns Ende der neunziger Jahre in Papua-Neuguinea engagierten, glaubten wir im vollen Einverständnis mit dem Oberbefehlshaber der Streitkräfte zu handeln. Leider entging uns, dass derselbe General von einem anderen Unternehmen Geld erhielt. So setzte unser Gewährsmann unsere Leute fest, kaum dass sie gelandet waren.



JOE RAEDLE / GETTY IMAGES

Verwaltungschef Bremer*, zivile Leibwächter: Nur Handfeuerwaffen sind zugelassen

Angestellten privater Militärfirmen hingegen gewährt das Fehlen jeder klaren gesetzlichen Regelung einen rechtsfreien Raum, in dem sie scheinbar tun und lassen können, was sie wollen.

Nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit werden auch Kernaufgaben des regulären Militärs von Zivilisten unternommen, die dem Arm der Militärjustiz entzogen bleiben. Die militärische Führung kann bestenfalls den Vertrag mit einem gesetzes- oder befehlswidrig handelnden Kontraktor lösen und Übeltäter aus dem Gefechtsgebiet weisen. Die juristische Verfolgung unterläge vornehmlich der Regierung, auf deren Staatsgebiet Untaten begangen wurden. Doch der Zusammenbruch jeder staatlichen Autorität ist es ja meist, der die PMF überhaupt erst auf den Plan ruft. Ihr Tun und Lassen bleibt daher in der Regel ungeahndet – undenkbar für die Streitkräfte eines Rechtsstaats.

Die so gewonnene Handlungsfreiheit der zivilen Sicherheitskräfte ist nicht nur für die Opfer von möglichen Übergriffen der Frei-

schärler mit hohen Kosten verbunden. Die Söldner selbst müssen ihren rechtlich problematischen Status oft teuer und häufig auch mit dem Leben bezahlen. Obwohl sie längst ein unverzichtbarer Bestandteil der militärischen Operationen im Irak geworden sind, wurden den PMF von der alliierten Übergangsverwaltung erhebliche Beschränkungen auferlegt: Vor allem das Verbot schwerer Waffen trifft die Söldner hart.

Während sie in anderen Krisenzonen dieser Welt bei Bedarf mit Panzern, Geschützen und sogar eigenen Luftstreitkräften antreten, gehören im Zweistromland schon Handgranaten zur verbotenen Ausrüstung. Nur Handfeuerwaffen sind zum Selbstschutz zugelassen.

Während das Pentagon für die Bergung von US-Gefallenen massive Militäroperationen anordnet, „kriegen wir nur einen kostenlosen Leichensack“, beklagt sich ein PMF-Manager. Und Scott Custer von „Custer Battles“, dessen Firma die Sicherung des Bagdader Flughafens übernommen hat, rügt die mangelnde Gleichbehandlung: „Wir sind den Militärs mindestens ein halbes Dutzend Mal zur Hilfe

* In schwarzem Anzug vor dem Al-Hamra-Hotel in Bagdad am 13. Oktober 2003.